

# Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN NACH LISSABON

## Es gilt das gesprochene Wort.

Exzellenzen,<sup>1</sup>

S.E. Andrew Standley, Botschafter der Europäischen Union in Israel,

Yohanan Plesner, Mitglied der Knesset, Vorsitzender des Interessenverbandes zur Förderung der Beziehungen zwischen Israel und Europa,

Botschafterin Tzipora Rimon, Direktorin der Abteilung für Multilaterale Europäische Institutionen im israelischen Außenministerium,

Dr. Sharon Pardo, Direktor der „Konrad Adenauer Division“ für Studien europäischer Politik und Gesellschaft der Ben-Gurion Universität des Negev,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Immer wieder gerne komme ich nach Israel und Jerusalem. Drei Jahre ist es her, dass mir als Präsident des Europäischen Parlamentes die große Ehre zuteil wurde, vor der Knesset sprechen zu dürfen. Es war eine der schwierigsten Reden in meiner politischen Laufbahn – die heutige wird mir gewiss etwas leichter fallen. Ich freue mich, als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Im Namen unserer Stiftung begrüße ich Sie herzlich – hier im Konrad Adenauer Konferenzzentrum in Mishkenot Sha'ananim, zu unserer Konferenz über die Außenbeziehun-

<sup>1</sup> Laut Herrn Dr. Hänsel, Leiter unseres Auslandsbüros in Israel, haben eine Reihe von Botschaftern zugesagt, darunter der griechische Botschafter in Israel.

gen der Europäischen Union und die Herausforderungen und Erwartungen nach dem Lissabon-Vertrag.

Lassen Sie mich zunächst Dank aussprechen – Ihnen, unseren Partnern, der „Konrad Adenauer Division“ für Studien der europäischen Politik und Gesellschaft der Ben-Gurion Universität des Negev und dem israelischen Außenministerium, ebenso dem „Israel Council on Foreign Relations“, der Delegation der Europäischen Union hier in Israel sowie der israelischen Botschaft Spaniens, das in diesem ersten Halbjahr 2010 die Ratspräsidentschaft inne hat.

Ihnen allen gilt mein Dank dafür, dass es durch Ihre Zusammenarbeit und Unterstützung gelungen ist, diese Konferenz zu realisieren. Bei ihrer internationalen Arbeit ist unsere Stiftung auf die Unterstützung vor Ort angewiesen, auf Partner, die uns und die wir unterstützen. Diese Konferenz ist Ausdruck der guten, vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit, die uns mit Ihnen, unseren Partnern, hier in Israel verbindet – seit nunmehr über 25 Jahren.

1982 kam der erste permanente Vertreter unserer Stiftung nach Jerusalem. Seitdem erachten wir es als unsere vorrangigste und wichtigste Pflicht, jener Verantwortung nachzukommen, die uns aus der schrecklichen Vergangenheit, die unsere Länder für alle Zeit miteinander verbindet, erwächst: die Pflege und Vertiefung der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland.

Vor Ort tragen wir zu friedensstiftenden und vertrauensbildenden Maßnahmen bei. Wir

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

www.kas.de

begleiten israelisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte und arbeiten für die weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern wie auch für die Intensivierung der Beziehungen Israels zur Europäischen Union.

Auch mit unserer Arbeit in Deutschland engagieren wir uns dafür, die deutsch-israelischen Beziehungen zu stärken. Es gibt immer weniger Überlebende und Zeitzeugen des Holocausts, die von ihren Erfahrungen und Erlebnissen berichten können. Zugleich ist der jungen Generation in Deutschland immer weniger bewusst ist, welches besonderes Verhältnis zwischen unseren Ländern besteht. Mit unserer politischen Bildungsarbeit wollen wir den Menschen Israel nahe bringen und uns dafür einsetzen, dass Antisemitismus in Deutschland und Europa keine Chance mehr hat.

Dazu trägt auch das Austauschprogramm zwischen dem American Jewish Committee und unserer Stiftung bei, mit dem Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zwischen amerikanischen Juden und Deutschen aufgebaut werden soll. Vor drei Tagen, am 20. Mai, haben wir in Berlin das 30jährige Bestehen dieses deutsch-jüdisch-amerikanischen Dialoges gefeiert.

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist es eine große Ehre, dass ihr aus diesem Anlass vom American Jewish Committee der Ernst-Cramer-Preis verliehen wurde.

Wir wollen den Dialog zwischen Deutschland und Israel weiter fördern. Einen zukunftsorientierten und nachhaltigen Dialog, der auf den Lehren unserer Geschichte beruht und der auf unseren gemeinsamen Werten aufbaut.

Die Werte, denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung bei ihrer Arbeit verpflichtet fühlt, sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundsätze und das geistige Erbe unseres Namensgebers Konrad Adenauer sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung.

Seine Name steht unter anderem für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands und die Orientierung an der Sozialen Marktwirtschaft – auf der Grundlage des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949, auf den Tag genau heute vor 61 Jahren, in Kraft getreten ist.

Konrad Adenauer war Gründervater und erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Vor rund 50 Jahren – am 14. März 1960 – traf er erstmals mit dem Gründervater und ersten Regierungschef Israels zusammen, mit David Ben Gurion, im Hotel Waldorf Astoria in New York.

Diese beiden Männer waren fest entschlossen, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Trotz aller Unterschiede der Herkunft und Anschauungen, trotz der trennenden Vergangenheit zwischen ihren Völkern, haben diese beiden großen Staatsmänner Vertrauen zueinander gefasst.

Gegen Widerstände und Kritik in ihren Ländern setzten sie die Aufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen durch. Sie wagten den ersten Schritt, die Sprachlosigkeit zu überwinden, diplomatische Beziehungen und intensive Kontakte zu entwickeln. Sie wagten einen neuen Anfang.

David Ben Gurion war sich der Notwendigkeit internationaler Unterstützung, die der noch junge Staat Israel benötigte, bewusst – auch deutsche Unterstützung war ihm willkommen. Er glaubte fest an ein neues, demokratisches Deutschland.

Konrad Adenauer hatte die moralische Verpflichtung erkannt, das Unrecht, das in deutschem Namen, ich zitiere ihn, **„durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, soweit wieder gut zu machen, wie dies nur möglich ist [...]“**<sup>2</sup>

<sup>2</sup> aus: Interview mit Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 25.11.1949, Nr. 33, 4. Jg.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

www.kas.de

Und ich möchte hinzufügen: „Wieder gut machen“ kann man zerstörtes, ermordetes Leben nicht, weil es nicht ins Leben zurückgerufen werden kann. „Wieder gut machen“ bedeutet vor allem, eine neue geistige und moralische Haltung gegenüber dem jüdischen Volk, das wie jeder Mensch mit einer unveräußerlichen Würde ausgestattet ist.

Die Aussöhnung mit den Juden ebenso wie das beständige Eintreten für das Existenzrecht Israels sind seit jeher grundlegender Bestandteil der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland.

Beides war eine Grundbedingung für die Wiederaufnahme Deutschlands in den Kreis der westlichen Wertegemeinschaft. Die Rückkehr in diesen Kreis, die Bindung der Bundesrepublik an den Westen war für Konrad Adenauer entscheidend für die Sicherung der Freiheit und die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Er wusste: Freiheit vor Einheit, um am Ende die Einheit Deutschlands für alle zu erreichen.

Und er wusste auch, dass es keine Wiedervereinigung geben konnte, ohne die Einheit Europas. **„Es gibt auch keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung als diesen durch die europäische Integration [...]“** (Konrad Adenauer, Regierungserklärung, 20. Oktober 1953)

Von Anfang an hat Deutschland an der Einheit Europas mitgebaut. Vor zwei Wochen, am 9. Mai, jährte sich zum 60. Mal die Verkündung des Schuman-Planes, jener Idee, die zur Grundlage der heutigen Europäischen Union wurde. Die Idee einer friedlichen Zusammenarbeit als die Grundlage eines europäischen Zusammenschlusses, zunächst in den über Krieg und Frieden entscheidenden Bereichen von Kohle und Stahl: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Er wurde zur Grundlage für eine neue Ordnung der Beziehungen zwischen den Staaten Europas – zunächst zwischen Deutschland und Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern. Er war der Beginn des Friedenswerkes, das uns heute in der Europäi-

schen Union zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Jahrhundertlang waren Leid, Elend und Tod als Folge von Feldzügen und Schlachten um Grenzen und Territorien die Regel in Europa gewesen, nicht die Ausnahme. Dieses schwarze Kapitel europäischer Geschichte musste endlich ein Ende finden!

Die Gründerväter Europas um Konrad Adenauer zogen aus der blutigen Geschichte Europas die richtigen Lehren. Sie waren sich einig darin, alles dafür zu tun, um den Grenzen in Europa ihren trennenden Charakter zu nehmen. Mit Mut und Weitsicht, Geduld und Leidenschaft ließen sie die von Hass und Groll beherrschte Vergangenheit hinter sich und begannen eine bessere Welt zu schaffen.

Die Europapolitik Konrad Adenauers hatte auch auf mich ganz persönlich nachhaltigen Einfluss. Im Februar 1962 war ich erstmals in Berlin. Im Angesicht der Mauer, dem Symbol für die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas, habe ich entschieden, mich politisch und für Europa zu engagieren. Seit über 30 Jahren, seit seiner ersten Direktwahl 1979 gehöre ich dem Europäischen Parlament an, jener Institution, die für das friedliche Zusammenwachsen Europas von größter Bedeutung ist.

In den vergangenen 30 Jahren, vor allem aber in den vergangenen 60 Jahren hat der europäische Kontinent eine beispiellose Entwicklung durchgemacht. Damals waren Deutschland und Europa geteilt, heute sind wir wiedervereinigt. Staaten, die damals von der Sowjetunion besetzt und durch den totalitären Kommunismus beherrscht wurden – Estland, Lettland und Litauen, Polen, Tschechien und die Slowakei, Bulgarien und Ungarn, Rumänien und Slowenien – gehören heute zur europäischen Wertegemeinschaft. Aus einer Idee, ja einer Vision wurde Wirklichkeit. Wir haben die Pflicht, dass diese Entwicklung weitergeht.

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon kann diese Entwicklung auch im 21. Jahrhundert fortgesetzt werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

www.kas.de

Der neue Vertrag lässt die Europäische Union in Zukunft demokratischer und transparenter, effizienter und handlungsfähiger werden.

Er stärkt die Demokratie auf drei Ebenen: Das Europäische Parlament wird zukünftig durch die Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens – nun ordentliches Gesetzgebungsverfahren genannt – mit dem Ministerrat bei der Gesetzgebung im Wesentlichen gleichberechtigt sein. Die nationalen Parlamente bekommen mehr Möglichkeiten, sich an der Arbeit der Europäischen Union zu beteiligen, ihnen wird ein Einspruchsrecht gegenüber Vorschlägen der Kommission eingeräumt, wenn diese ihrer Ansicht nach gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Ausdrücklich wird die kommunale Selbstverwaltung gestärkt, die erstmals in einem europäischen Vertrag als Wert anerkannt wird.

Auch die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union erhalten mehr Mitsprache – das Initiativrecht der Bürgerinitiative wird eingeführt: Eine Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedsstaaten<sup>3</sup> können künftig die Kommission auffordern, neue politische Vorschläge im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Union zu unterbreiten.

Die mit dem Vertrag erfolgte klare Festbeschreibung der Zuständigkeitsbereiche in der Europäischen Union erhöht deren Transparenz: Für jeden Tätigkeitsbereich ist detailliert festgelegt, wer in der Europäischen Union gemäß des Subsidiaritätsprinzips für was zuständig ist. Die häufig gestellte Frage „Wer macht was in der Europäischen Union?“, kann damit besser beantwortet werden.

Der Vertrag erhöht die Effizienz und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union – mit vereinfachten Arbeitsmethoden und

---

<sup>3</sup> Laut Vorschlag der Kommission von Ende März sollen die notwendigen eine Million Bürger aus mindestens einem Drittel der Mitgliedsstaaten kommen. (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 3.4.2010)

Abstimmungsregeln, die an inzwischen 27 Mitgliedsstaaten mit 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern angepasst sind.

Als eine neue Institution ist mit dem Vertrag das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates geschaffen worden. Er ersetzt den Vorsitz, der bisher halbjährlich unter den Staats- und Regierungschefs rotierte.

Die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft selbst bleibt davon unberührt. Auf Spanien folgt im zweiten Halbjahr 2010 Belgien.

Ein Belgier ist es, der als Erster das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates inne hat: Hermann von Rompuy. Auf zweieinhalb Jahre von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gewählt – mit der Möglichkeit einmal wiedergewählt zu werden –, sorgt er **„für die Vorbereitung und Kontinuität der Arbeiten“** und **„wirkt darauf hin, dass Zusammenhalt und Konsens im Europäischen Rat gefördert werden“**, wie es im Vertrag heißt. Er wird sich auf Vorarbeiten des Rates für Allgemeine Angelegenheiten stützen. Zudem wird er mit dem Präsidenten der Kommission zusammenarbeiten.

Auf seiner Ebene wird der Präsident des Europäischen Rates die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union nach außen vertreten und ihr mehr Kontinuität verleihen – unbeschadet der Befugnisse eines weiteren durch den Lissabon-Vertrag neu geschaffenen Amtes: des Amtes des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Dieses neue Amt vereinigt in sich die früheren Ämter des Kommissars für Außenbeziehungen sowie des Hohen Vertreters für die GASP, wodurch jene Bereiche der Außenbeziehungen der Europäischen Union zusammengeführt werden, die zuvor zwischen Kommission und Rat aufgeteilt waren.

Als erste Amtsinhaberin bekleidet die Britin Catherine Ashton als Hohe Vertreterin zeitgleich zwei Ämter: Sie ist Beauftragte des Rates für die GASP und Vizepräsidentin der Kommission.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

www.kas.de

Sie wird die GASP und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) leiten, zu deren Festlegung beitragen und für deren Umsetzung verantwortlich sein. Sie wird zuständig sein für das auswärtige Handeln der Europäischen Union und die Europäische Union im politischen Dialog mit Dritten, in internationalen Organisationen und Konferenzen vertreten.

Durch das neue Amt des Hohen Vertreters kann die Formulierung wie auch die Umsetzung der Außenpolitik der Europäischen Union zukünftig kohärenter gestaltet werden. Es eröffnet sich die Möglichkeit, eine kontinuierliche internationale Präsenz der Europäischen Union zu gewährleisten.

Dazu wird auch der ebenfalls neu geschaffene Europäische Auswärtige Dienst (EAD) beitragen, der die Hohe Vertreterin bei ihrer Arbeit unterstützt, indem er u. a. mit den nationalen diplomatischen Diensten eng zusammenarbeitet. Gebildet werden wird er aus Vertretern des Ratsekretariates, der Kommission sowie der Mitgliedsstaaten.

Eine weitere wichtige Neuerung, die die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zukünftig erhöhen wird, ist die nun im Lissabon-Vertrag verankerte Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union. Alles Handeln der Europäischen Union erfolgte bisher stets im Namen der Mitgliedsstaaten. Die eigene Rechtspersönlichkeit ermöglicht es ihr nun – wenn auch grundsätzlich nur auf einstimmigen Beschluss des Rats für Auswärtige Angelegenheiten –, internationale Abkommen abzuschließen und internationalen Organisationen beizutreten.

Es gehört bis heute zu einem gewissen Grade noch zu den Defiziten der Europäischen Union, dass ihr außenpolitisches Gewicht – noch – nicht ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Der Vertrag von Lissabon, mit den neu geschaffenen Ämtern des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik, wie auch dessen Unterstützung durch den EAD, werden einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dieses Defizit zu verringern helfen.

Die Europäische Union wird durch sie nach außen mehr Gewicht und ein schärferes Profil erhalten. Verschiedene Aspekte der Außenpolitik – Diplomatie und internationale Verhandlungen, Sicherheit, Handel, Entwicklung und humanitäre Hilfe – werden miteinander verknüpft und dadurch die Position der Europäischen Union in ihren Beziehungen zu ihren anderen Staaten und Regionen in der Welt deutlicher.

Neben diesen institutionellen Veränderungen ist freilich der Inhalt der Außenpolitik, auf die sich die Union verständigt, entscheidend.

Die Europäische Union muss in Zukunft international geschlossener und mit möglichst einer Stimme sprechen, wenn wir die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, bewältigen wollen. In unserer globalisierten Welt können viele Herausforderungen nicht mehr von einem einzelnen Land bewältigt werden, ja zum Teil sogar nicht mal von einer Weltregion. Es sind Herausforderungen, die globaler Lösungen bedürfen, die nur mit vereinten Kräften gefunden und umgesetzt werden können.

Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise zählt zu den größten Herausforderungen, vor denen die Welt steht. Für die Europäische Union ist sie eine der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Vor allem seit uns die Krise um Griechenland und den Euro in Atem hält. Hier haben wir nicht genug aufgepasst und hingeschaut.

Aus Angst vor zuviel Zentralismus haben wir gezögert, dem europäischen Statistik-Amt Eurostat, die notwendigen Durchgriffsmöglichkeiten zu geben, die es braucht. Heute wissen wir: Das war ein Fehler. Er zeigt, dass in einigen Fällen „mehr Europa“ notwendig ist, um Entwicklungen wie in Griechenland zu verhindern.

Auch müssen wir in Zukunft verhindern, dass internationale Rating-Agenturen Länder in einer Weise negativ beurteilen, wie es der Sachlage nicht entspricht. Rating-Agenturen dürfen nicht über die Zukunft unserer europäischen Währung entscheiden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

www.kas.de

Gleichwohl ist unsere Solidarität mit Griechenland gefragt. Wir dürfen das Land nicht allein lassen. Helmut Kohl hat es treffend formuliert:

**„Wer Griechenland heute Beistand und Hilfe versagt, versagt vor der Welt und den nachfolgenden Generationen, denn er gefährdet das Haus Europa in seinen Grundfesten.“**<sup>4</sup> Das heißt aber auch, dass Griechenland seinen Beitrag leisten muss.

Die Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich hinsichtlich des Rettungspaketes für Griechenland richtig verhalten. Sofortige Hilfen hätten den Druck von Griechenland genommen, als Grundlage für die Hilfen die Voraussetzungen für eine zukünftig dauerhaft stabilitätsorientierte Finanzpolitik zu schaffen.

Der Euro-Rettungsschirm – eine beispiellose Maßnahme in der Geschichte der Europäischen Union – war dann die richtige, starke Antwort auf rücksichtslose Spekulationen gegen unsere Gemeinschaftswährung. Es wurde eine massive Maßnahme nötig, um das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Nun gilt es, die Ursachen der Krise an ihren Wurzeln zu packen, die Krise zu überwinden und die Weltwirtschaft in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu lenken.

In Europa müssen alle Mitgliedsstaaten ihre Haushalte in Ordnung bringen. Darüber hinaus brauchen wir für die globalen Wirtschafts- und Finanzmärkte klare Regeln und eine feste Ordnung.

In Deutschland vertrauen wir seit über 60 Jahren auf das Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Der Wiederaufbau unseres Landes, das Wachstum und der Wohlstand in den Jahren und Jahrzehnten nach dem völligen Zusammenbruch infolge des Zweiten Weltkrieges ist mit nichts so eng verbunden wie mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft.

---

<sup>4</sup> aus: Welt am Sonntag, 9. Mai 2010.

Es wäre vermessen zu behaupten, die Soziale Marktwirtschaft sei das einzig wahre Modell, welches aus der Krise führt. Erlaubt sei aber der Hinweis auf die konkreten Erfahrungen, die ihr zugrunde liegen: Die Soziale Marktwirtschaft kann ein Modell für die Krise sein, weil sie aus einer ganzen Reihe von Krisen heraus geboren worden ist!

Über 40 Jahre hat es gedauert, bis das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft in der Europäischen Union nun im Lissabon-Vertrag verankert werden konnte. Jetzt wollen wir unser Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft auch über Europa hinaus anderen vermitteln.

Das Beispiel der Europäischen Union zeigt, dass eine enge wirtschaftliche und politische Integration auf regionaler Ebene zusätzlichen Schutz gegen die Unwägbarkeiten einer globalisierten Wirtschaft bieten kann.

Dabei ist die Bewältigung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise selbstverständlich nicht die einzige Herausforderung, die wir, die Europäische Union mit ihren Partnern in der Welt gemeinsam zu bestehen hat.

Nicht weniger groß ist die Herausforderung des Klimawandels. Er gefährdet sowohl unsere Lebensgrundlagen als auch die Entwicklungschancen der uns nachfolgenden Generationen. Erhöhte Treibhausgasemissionen und die damit verbundenen Klimaveränderungen haben folgenschwere Konsequenzen für Mensch und Natur: das Schmelzen von Gletschern, steigende Meeresspiegel und Überflutungen, Wassermangel infolge der Versauerung der Meere, neue Wüsten und Dürrekatastrophen – Katastrophen, die Menschen in Armut stürzen und aus ihrer Heimat in die Migration zwingen.

Die Europäische Union hat beim Kampf gegen den Klimawandel als Erste gehandelt und damit weltweit die Führung übernommen. Aber das Scheitern des Gipfels von Kopenhagen im Dezember 2009 zeigt auch, dass wir den Kampf gegen den Klimawandel weltweit nur gemeinsam gewinnen können. Nur gemeinsam kann es gelingen, die nur endlich vorhandenen Ressourcen nachhaltig

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

zu verwalten und Energie effizient einzusetzen. Die Herausforderung des Klimawandels ist folglich auch eng verknüpft mit der Frage, wie wir in der Zukunft die Sicherheit unserer Energie gewährleisten. Es muss uns gelingen, das Wachstum unserer Wirtschaften vom Energieverbrauch zu lösen.

Eine weitere wichtige Herausforderung, die auch mir ganz persönlich ein besonderes Anliegen ist, ist die Förderung des interkulturellen Dialoges – des Dialoges der Religionen und Kulturen.

Es ist in unser aller Interesse, den Zusammenprall der Zivilisationen bzw. Kulturen zu verhindern. Ich bin davon überzeugt, dass wir ihn verhindern, wenn wir gemeinsam den Dialog suchen. Ja, der Dialog kann schwierig sein. Aber gerade deshalb plädiere ich dafür, ihn offen, ohne Tabus, aber immer mit Respekt vor dem Anderen zu führen – und mit Toleranz.

In allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist es selbstverständlich, dass Moslems in Gebetshäusern und Moscheen ihren Glauben bekennen können. Nicht selbstverständlich ist es dagegen, dass Christen geschweige denn Juden in allen arabischen und islamischen Ländern umgekehrt ebenfalls ihren Glauben bekennen können.

Dabei gibt es in den verschiedenen arabischen und islamischen Staaten positive wie negative Beispiele.

Toleranz ist keine Einbahnstraße. Sie ist immer eine Zweibahnstraße. Sie ist die Voraussetzung, dass Dialog gelingt. Wir müssen für unsere Werte eintreten, in Europa wie überall in der Welt.

Die Geschichte der Europäischen Union zeigt, welche Bedeutung dem Dialog zukommt, wenn es um Aussöhnung und Frieden geht. Wir haben gelernt, dass durch eine Steigerung der Qualität und der Quantität der Kontakte zwischen den Kulturen ein Maß an kontinuierlichem Dialog, Verständigung und Zusammenarbeit erreicht werden kann, das künftige gewaltsame Auseinandersetzungen weniger wahrscheinlich machen kann.

Dialog kann Frieden bewahren, Dialog kann Frieden schaffen. Umgekehrt ist Frieden aber auch eine Voraussetzung für das Gelingen eines Dialoges. Das wissen Sie alle in dieser Region am besten.

Kaum eine andere Region unserer Welt sehnt sich seit so langer Zeit nach Frieden, Sicherheit und Stabilität. Der Nahost-Konflikt – der israelisch-palästinensische Konflikt – muss endlich einer Lösung zugeführt werden. Alle Beteiligten müssen Lehren aus dem bisherigen Scheitern ziehen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die tragfähig und dauerhaft sind. Wir Europäern erachten es als unsere Pflicht, unsere Partner in diesem Prozess zu begleiten und zu unterstützen.

Die Europäische Union und insbesondere das Europäische Parlament treten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, die das legitime Sicherheitsbedürfnis Israels und das Recht der Palästinenser auf Leben in einem eigenen Staat in fairer Weise miteinander in Einklang bringt. Israel in sicheren Grenzen, Palästina in sicheren Grenzen. Beide haben die gleiche Würde – Israelis und Palästinenser – und sie müssen friedlich miteinander leben.

Dieser Aufgabe widme ich mich auch persönlich sehr stark: Als Präsident des Europäischen Parlamentes habe ich dazu eine Arbeitsgruppe Naher Osten eingesetzt, die ich als Präsident geleitet habe und auch heute noch leite.

Gestatten Sie mir, dass ich aus meiner Rede vor der Knesset am 30. Mai 2007 drei Sätze wiederhole, die heute nach wie vor aktuell sind: „Wenn wir den Weg des Miteinanders beschreiten wollen, müssen Demokratie, Gewaltverzicht und Sicherheit miteinander verbunden und zusammengedacht werden. Es gibt keine Verwirklichung des einen ohne das andere. In Sicherheit, Gewaltverzicht und wechselseitiger Anerkennung liegt der Schlüssel zum Aufbau von Vertrauen, dem kostbarsten Gut, das wir Europäer gerne in der gesamten Region befördern möchten.“

Die Erinnerung an den Schuman-Plan vor 60 Jahren sollte uns lehren, dass das, was in

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

JERUSALEM

DR. HANS-GERT PÖTTERING

23. Mai 2010

www.kas.de

Europa möglich war, auch im Nahen Osten möglich ist.

Von Bedeutung für die Stabilität und die Sicherheit dieser Region ist natürlich auch die Situation im Irak mit seinen vielschichtigen Problemlagen. Und noch viel mehr auch der Iran: Seine Einflussnahme im Irak, Libanon oder Gaza ist ebenso wenig hinzunehmen, wie sein undurchsichtiges Verhalten hinsichtlich seiner atomaren Bestrebungen. Und unannehmbar sind Erklärungen seines Präsidenten, der den Holocaust leugnet und das Existenzrecht Israels in Frage stellt.

Wir verurteilen dies auf das Schärfste. Die Europäische Union wird das Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer Grenzen stets verteidigen. Wir werden immer an Israels Seite stehen, wenn seine Sicherheit im Kern bedroht ist. Dabei kann Israel umso mehr sicher sein, Freunde an seiner Seite zu haben, wenn es selbst Zeichen des Friedens setzt, z. B. dadurch, dass es den Ausbau von Siedlungen, sei es in der Westbank oder in Ost-Jerusalem, dauerhaft beendet. Wir unterstützen nachdrücklich die Friedensbemühungen von Barack Obama und seines Nahost-Beauftragten Senator a. D. George Mitchell. Es ist meine feste Überzeugung, dass das Gelingen des Dialoges der Kulturen auch abhängig ist von einer Friedensregelung im Nahen Osten, zwischen Israel und Palästina.

Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert – ich sagte es bereits. Aber nicht nur sie, die ganze Welt hat sich verändert. Wir stehen heute vor Herausforderungen, an die vor 30 geschweige denn vor 60 Jahren vielfach nicht zu denken war. Einige habe ich genannt – die Liste ließe sich ohne Frage fortsetzen. Stichwortartig genannt seien an dieser Stelle der Terrorismus und die internationale Kriminalität, Demographie und Migration sowie Herausforderungen, denen wir uns heute noch gar nicht bewusst sind.

Viele der aktuellen und zukünftigen globalen Herausforderungen stehen in Verbindung zu einander und sollten, nein, sie müssen zusammen gedacht werden. Das macht sie nicht kleiner – im Gegenteil. Aber es be-

steht berechtigter Grund zu der Hoffnung, dass Lösungen für eine Herausforderung wie den Klimawandel, sich auch positiv auf Probleme wie die Migration auswirken – um nur ein Beispiel zu nennen.

Wir Europäer in der Europäischen Union sehen es als unsere Pflicht an, Lösungen für diese Herausforderungen zu finden und umzusetzen, gemeinsam mit unseren Partnern. Für das Finden, vor allem aber für die Umsetzung entsprechender Lösungen braucht es ein möglichst geschlossenes internationales Auftreten der Europäischen Union. Der Vertrag von Lissabon ist ein wichtiger Schritt dorthin. Er stellt die Europäische Union – nicht nur in Fragen der Außenpolitik – auf eine neue Grundlage.

Mit ihm hat die Europäische Union mit ihren 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in 27 Ländern eine gute und solide Grundlage für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert. Aber der Vertrag ersetzt nicht den politischen Willen. Wenn wir den Überzeugungen und Idealen von Konrad Adenauer, dem Namensgeber unserer Stiftung, treu bleiben, haben wir alle Chancen, die gegenwärtigen wie die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Herzlichen Dank!